Stand: 19.11.2025 03:31:51

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/5311

"Sicherung regionaler Werbemärkte für regionale Medien"

# Vorgangsverlauf:

- 1. Initiativdrucksache 17/5311 vom 12.02.2015
- 2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/7311 des WI vom 25.06.2015
- 3. Beschluss des Plenums 17/7599 vom 16.07.2015
- 4. Plenarprotokoll Nr. 50 vom 16.07.2015



# Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

12.02.2015 Drucksache 17/5311

# **Antrag**

der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Martina Fehlner, Dr. Christoph Rabenstein, Annette Karl, Inge Aures, Helga Schmitt-Bussinger, Natascha Kohnen, Klaus Adelt, Isabell Zacharias, Bernhard Roos, Andreas Lotte SPD

Sicherung regionaler Werbemärkte für regionale Medien

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, zur Sicherung der Informations- und Pressevielfalt in lokalen und regionalen Medienmärkten in den Verhandlungen zum nächsten Rundfunkänderungsstaatsvertrag auf Regelungen hinzuwirken, die dafür sorgen,

- dass die technischen Möglichkeiten nationaler Rundfunkanbieter, Fernseh- und Hörfunkwerbung regional zu diversifizieren, nicht dazu genutzt werden dürfen, regionalen und lokalen Medien den Werbemarkt abzugraben,
- dass redaktionelles Programm und Werbung als eine untrennbare Einheit aufzufassen sind und an Berichts- und Verbreitungsgebiet eines Mediums gekoppelt werden: national, regional und lokal,
- dass regional verbreitete Werbung in reichweitenstarken national verbreiteten Programmen rundfunkrechtlich unzulässig ist.

#### Begründung:

Private regionale und lokale Rundfunkveranstalter sollen sich weitgehend über Werbung refinanzieren können. Das ist auch im regionalen und lokalen Bereich relevant für das Funktionieren des dualen Rundfunksystems und der Freien Presse. Der offene Zugang zu den lokalen und regionalen Werbemärkten ist deshalb die Voraussetzung für regionale Programm- und Medienvielfalt. Dies gilt auch für die Printmedien, deren Insertionserlöse nach wie vor wirtschaftlich existenziell sind.

Seit Jahren verfolgt der Medienkonzern ProSieben/Sat1 mit Lizenzanträgen bei Landesmedienanstalten und vor Verwaltungsgerichten Pläne, Werbung in seinen landesweiten TV-Programmen in digitalen Kabelnetzen regional auseinander schalten zu können, um an den regionalen Werbemärkten zu partizipieren. Nach dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 17. Dezember 2014 (BVerwG 6 C 32.13) verstößt es nicht gegen Bestimmungen des Rundfunkrechts, wenn im Rahmen eines bundesweiten Fernsehprogramms Werbespots mit regional beschränktem Verbreitungsgebiet gesendet werden. Tatsächlich sieht das gültige Rundfunk- und Medienrecht den Einbruch nationaler TV-Anbieter in die Werbemärkte der regionalen Veranstalter nicht vor. Es schützt aber auch nicht davor.

Einer Studie der Bayerischen Landeszentrale für neue Medien (BLM) zufolge müssen sowohl die Printmedien als auch die lokalen und regionalen Hörfunk- und TV-Anbieter in Bayern deutliche Erlöseinbußen befürchten, wenn Medienkonzerne in nationalen Programmen regionalisierte Werbung platzieren dürfen. Vor allem Regionalzeitungen in Bayern würden in ihren angestammten Werbemärkten einem ruinösen Wettbewerb ausgesetzt. Der Erhalt einer lebensfähigen bayernweiten TV-Senderstruktur mit lokalem und regionalem Berichterstattungsauftrag (Betrautes Programm nach Art. 23. BMG) würde gefährdet. Informations-, Medien- und Meinungsvielfalt werden beeinträchtigt, wenn sich lokale und regionale Berichterstattung durch lokale und regionale Medien immer weniger refinanzieren lässt.

Im Interesse der Zeitungsleser, Zuhörer und Zuschauer an vielfältiger Berichterstattung darf die Landespolitik nicht zulassen, dass die Finanzierungsgrundlage regionaler Medien beschnitten wird. Deshalb müssen die Regelungen im Rundfunkstaatsvertrag diesbezüglich präzisiert werden.

# Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

25.06.2015 Drucksache 17/7311

# Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Martina Fehlner, Dr. Christoph Rabenstein u.a. SPD Drs. 17/5311

Sicherung regionaler Werbemärkte für regionale Medien

#### I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass folgende Änderungen durchgeführt werden:

- 1. Im Eingangssatz werden die Worte "in den Verhandlungen zum" gestrichen und durch "im nächsten Rundfunkänderungsstaatsvertrag" ersetzt.
- 2. Im zweiten Spiegelstrich werden die Worte ": national, regional und lokal" gestrichen.
- 3. Im dritten Spiegelstrich wird vor dem Wort "unzulässig" das Wort "grundsätzlich" eingefügt.

Berichterstatterin: Natascha Kohnen Mitberichterstatter: Markus Blume

## II. Bericht:

- Der Antrag wurde dem Ausschuss für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
- Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 33. Sitzung am 25. Juni 2015 beraten und einstimmig mit den in I. enthaltenen Änderungen Zustimmung empfohlen.

Erwin Huber Vorsitzender



# Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

16.07.2015 Drucksache 17/7599

# **Beschluss**

# des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Martina Fehlner, Dr. Christoph Rabenstein, Annette Karl, Inge Aures, Helga Schmitt-Bussinger, Natascha Kohnen, Klaus Adelt, Isabell Zacharias, Bernhard Roos, Andreas Lotte SPD

Drs. 17/5311, 17/7311

## Sicherung regionaler Werbemärkte für regionale Medien

Die Staatsregierung wird aufgefordert, zur Sicherung der Informations- und Pressevielfalt in lokalen und regionalen Medienmärkten im nächsten Rundfunkänderungsstaatsvertrag auf Regelungen hinzuwirken, die dafür sorgen,

- dass die technischen Möglichkeiten nationaler Rundfunkanbieter, Fernseh- und Hörfunkwerbung regional zu diversifizieren, nicht dazu genutzt werden dürfen, regionalen und lokalen Medien den Werbemarkt abzugraben,
- dass redaktionelles Programm und Werbung als eine untrennbare Einheit aufzufassen sind und an Berichts- und Verbreitungsgebiet eines Mediums gekoppelt werden,
- dass regional verbreitete Werbung in reichweitenstarken national verbreiteten Programmen rundfunkrechtlich grundsätzlich unzulässig ist.

Die Präsidentin

I.V.

#### **Reinhold Bocklet**

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Ich rufe noch den Tagesordnungspunkt 9 auf:

## **Abstimmung**

über Europaangelegenheiten, Verfassungsstreitigkeiten und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Von der Abstimmung ausgenommen sind die Nummer 9 und die Nummer 38 der Anlage zur Tagesordnung, über die gesondert abzustimmen ist.

(...)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Nun lasse ich noch über die Antragsliste abstimmen. Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen. Danke schön. Gibt es Gegenstimmen? – Nein. Stimmenthaltungen? – Auch nicht. Dann übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Europaangelegenheiten, Verfassungsstreitigkeiten und Anträge zugrunde gelegt wurden gem. § 59 Absatz 7 (Tagesordnungspunkt 9)

#### Es bedeuten:

(E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder
Enthaltung einer Fraktion im Ausschusses
(A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder
Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

#### Europaangelegenheiten

 Konsultationsverfahren der Europäischen Union; Bank- und Finanzwesen: Aufbau einer Kapitalmarktunion 18.02.2015 – 13.05.2015 Drs. 17/5644, 17/7401 (E) [X]

### Gemäß § 126 Abs. 3 BayLTGeschO:

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	Z	Z	Z

2. Konsultationsverfahren der Europäischen Union;

Bank- und Finanzwesen: Überarbeitung der Prospektrichtlinie

18.02.2015 – 13.05.2015 Drs. 17/5645, 17/7402 (E) [X]

#### Gemäß § 126 Abs. 3 BayLTGeschO:

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

3. Konsultationsverfahren der Europäischen Union;

Bank- und Finanzwesen:

Ein EU-Rahmen für eine einfache, transparente und standardisierte Verbriefung 18.02.2015 – 13.05.2015

Drs. 17/5646, 17/7403 (E) [X]

## Gemäß § 126 Abs. 3 BayLTGeschO:

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

#### Verfassungsstreitigkeiten

4. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 12. Juni 2015 (Vf. 6-VII-15) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit des Art. 14 Abs. 6 Satz 2 des Gesetzes über die Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und Rechtspflege in Bayern (BayFHVRG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. Oktober 2003 (GVBI S. 818, BayRS 2030-1-3-F), zuletzt geändert durch § 1 Nr. 61 der Verordnung vom 22. Juli 2014 (GVBI S. 286) PII/G1310.15-0003

Drs. 17/7506 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

- I. Der Landtag beteiligt sich am Verfahren.
- II. Der Antrag ist unbegründet.
- III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Jürgen W. Heike bestellt.

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	A

- Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 19. Juni 2015 (Vf. 7-VII-15) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit
  - der Art. 12, 15, 29, 30 und 38 des Gesetzes über das öffentliche Versorgungswesen (VersoG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 16. Juni 2008 (GVBI S. 371, BayRS 763-1-I), zuletzt geändert durch § 1 Nr. 373 der Verordnung vom 22. Juli 2014 (GVBI S. 286),
  - 2. der §§ 5 bis 7, 11, 25 bis 37 i. V. m. Tabellen 1 und 2 der Satzung der Bayerischen Rechtsanwaltsversorgung vom 12. Januar 1984 (StAnz Nr. 4),
  - der §§ 5 bis 7, 14, 27 bis 40 i. V. m. Tabellen 1 und 2 der Satzung der Bayerischen Rechtsanwaltsversorgung vom 6. Dezember 1996 (StAnz Nr. 51/52),

- der §§ 5 bis 7, 14, 27 bis 40 i. V. m. Tabellen 1 und 2 in der Fassung der 1. Änderungssatzung der Bayerischen Rechtsanwaltsversorgung vom 7. Oktober 1998 (StAnz Nrn. 43, 48),
- der §§ 5 bis 7, 14, 27 bis 40 i. V. m. Tabellen 1 bis 3 in der Fassung der 2. Änderungssatzung der Bayerischen Rechtsanwalts- und Steuerberaterversorgung vom 22. Dezember 1999 (StAnz Nr. 52),
- der §§ 5 bis 7, 14, 27 bis 40 i. V. m. Tabellen 1 bis 3 in der Fassung der 3. Änderungssatzung der Bayerischen Rechtsanwalts- und Steuerberaterversorgung vom 24. Oktober 2000 (StAnz Nr. 46),
- der §§ 5 bis 7, 14, 27 bis 40 i. V. m. Tabellen 1 bis 3 in der Fassung der
   Änderungssatzung der Bayerischen Rechtsanwalts- und Steuerberaterversorgung vom 30. November 2004 (StAnz Nr. 49),
- der §§ 5 bis 7, 14, 27 bis 40 i. V. m. Tabellen 1 bis 3 in der Fassung der 5. Änderungssatzung der Bayerischen Rechtsanwalts- und Steuerberaterversorgung vom 1. Dezember 2004 (StAnz Nr. 50),
- der §§ 5 bis 7, 14, 27 bis 40 i. V. m. Tabellen 1 bis 3 in der Fassung der
   Änderungssatzung der Bayerischen Rechtsanwalts- und Steuerberaterversorgung vom 28. Dezember 2005 (StAnz 2006 Nr. 1),
- 10. der §§ 5 bis 7, 14, 27 bis 40 i. V. m. Tabellen 1 bis 3 in der Fassung der 7. Änderungssatzung der Bayerischen Rechtsanwalts- und Steuerberaterversorgung vom 26. November 2008 (StAnz Nr. 49),
- 11. der §§ 5 bis 7, 14, 27 bis 40 i. V. m. Tabellen 1 bis 5 in der Fassung der 8. Änderungssatzung der Bayerischen Rechtsanwalts- und Steuerberaterversorgung vom 10. August 2009 (StAnz Nr. 33),
- 12. der §§ 5 bis 7, 14, 27 bis 40 i. V. m. Tabellen 1 bis 5 sowie des § 48 b in der Fassung der 9. Änderungssatzung der Bayerischen Rechtsanwalts- und Steuerberaterversorgung vom 7. Dezember 2009 (StAnz Nr. 51),
- 13. der §§ 5 bis 7, 14, 27 bis 40 i. V. m. Tabellen 1 bis 5 sowie des § 48 b in der Fassung der 10. Änderungssatzung der Bayerischen Rechtsanwalts- und Steuerberaterversorgung vom 16. November 2010 (StAnz Nr. 46),
- 14. der §§ 5 bis 7, 14, 27 bis 40 i. V. m. Tabellen 1 bis 5 sowie des § 48 b in der Fassung der 11. Änderungssatzung der Bayerischen Rechtsanwalts- und Steuerberaterversorgung vom 22. November 2012 (StAnz Nr. 48),
- 15. der §§ 5 bis 7, 14, 27 bis 40 i. V. m. Tabellen 1 bis 5 sowie des § 48 b in der Fassung der 12. Änderungssatzung der Bayerischen Rechtsanwalts- und Steuerberaterversorgung vom 25. November 2014 (StAnz Nr. 50),
- 16. sämtlicher Dynamisierungsbeschlüsse der Bayerischen Rechtsanwalts- und Steuerberaterversorgung.

PII/G1310.15-0004 Drs. 17/7502 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

#### Der Landtag beteiligt sich nicht an dem Verfahren

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	Z	Z	Z

6.	Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 26. Juni 2015 (Vf. 8-VIII-15) betreffend Meinungsverschiedenheit über die Frage, ob §§ 1 und 2 Abs. 1 des Gesetzes zur Änderung des Landeswahlgesetzes vom 23. Februar 2015 (GVBI S. 18) die Bayerische Verfassung verletzen
	PII/G-1310.14-0013 Drs. 17/7503 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

- I. Der Landtag beteiligt sich am Verfahren.
- II. Der Antrag ist unbegründet.
- III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Jürgen W. Heike bestellt.

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
团	A	A	Α

### Anträge

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
 Bund muss sich unmittelbar an den Kosten der Eingliederungshilfe beteiligen Drs. 17/4474, 17/7229 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	A	团	Z

 Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Martina Fehlner, Dr. Christoph Rabenstein u.a. SPD Sicherung regionaler Werbemärkte für regionale Medien Drs. 17/5311, 17/7311 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für

Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

 Antrag der Abgeordneten Natascha Kohnen, Annette Karl, Andreas Lotte u.a. SPD Aktuelle Ausbauziele für Erneuerbare Energien vorlegen Drs. 17/6157, 17/7312 (A)

über den Antrag wurde gesondert abgestimmt

Anlage 1
zur 50. Vollsitzung am 16. Juli 2015

10.	Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Natascha Kohnen, Andreas Lotte u.a. SPD Barrierefreiheit bei Bahnhofsanierungen sicherstellen Drs. 17/6176, 17/7313 (E)				
	Votum des federführer Wirtschaft und Medien		d Verkehr, Energie und	d Technologie	
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
11.	Antrag der Abgeordne Fraktion (FREIE WÄH Altersdiskriminierung a Drs. 17/6226, 17/7398	LER) abschaffen - Ehrenamt		leyer u.a. und	
	Votum des federführer Verfassung, Recht und				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
12.	Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Einführung einer Karenzzeit für Regierungsmitglieder Drs. 17/6319, 17/7399 (A)				
	Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
	A	ENTH		Z	
13.	Antrag der Abgeordne Kathrin Sonnenholzne Sprinterzüge für die S Drs. 17/6351, 17/7314	r SPD 4	ein, Andreas Lotte,		
	Votum des federführer Wirtschaft und Medien		d Verkehr, Energie und	d Technologie	
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
	A				

14.	Antrag der Abgeordneten Natascha Kohnen, Annette Karl, Bernhard Roos u.a. SPD Potenzialanalyse zur Kraft-Wärme-Kopplung in Bayern Drs. 17/6353, 17/7241 (E)			
	Votum des federführer Wirtschaft und Medien			d Technologie
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	Z		Z	Z
15.	Antrag der Abgeordne Einsatz von Schulbegl Drs. 17/6354, 17/7392	eiterinnen und Schulb		
	Votum des federführer Arbeit und Soziales, Ju			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
16.	<ul> <li>Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Hans-Ulrich Pfaffmann, Dr. Linus Förster u.a. und Fraktion (SPD) Seenotrettung - Mandat und Einsatzgebiet von Triton ändern Drs. 17/6443, 17/7387 (A)</li> </ul>			
	Votum des federführer Bundes- und Europaa			n
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A		ENTH	
17.	<ol> <li>Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Werkstattausbilderinnen und -ausbilder an Fachoberschulen besser stellen Drs. 17/6542, 17/7485 (E)</li> </ol>			
	Votum des federführenden Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z	Z

Anlage 1
zur 50. Vollsitzung am 16. Juli 2015

18.	Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Auswirkungen einer "Anti-Trassen-Klausel" im Landesentwicklungsprogramm Drs. 17/6544, 17/7315 (A)			
	Votum des federführer Wirtschaft und Medien		d Verkehr, Energie und	l Technologie
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A			
19.	Antrag der Abgeordne Margarete Bause, Lud Fraktion (BÜNDNIS 90 Radeln in Bayern – Ra Drs. 17/6553, 17/7316	wig Hartmann, Markus )/DIE GRÜNEN) ıdwegebenutzungspflic	Ganserer u.a. und	
	Votum des federführer Wirtschaft und Medien		d Verkehr, Energie und	l Technologie
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
20.	<ol> <li>Antrag der Abgeordneten Susann Biedefeld, Herbert Woerlein, Klaus Adelt SPD Verbot des Handels mit Kleintieren und exotischen Tieren in Supermärkten Drs. 17/6556, 17/7286 (A)</li> </ol>			
	Votum des federführer Umwelt und Verbrauch			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A			
21.	Antrag der Abgeordne Erwin Huber u.a. und I Ergebnisse des Runde Drs. 17/6588, 17/7317	Fraktion (CSU) en Tisches Medienpolit		
	Votum des federführer Wirtschaft und Medien		d Verkehr, Energie und	l Technologie
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			A	A

22.	Antrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Bernhard Seidenath, Kerstin Schreyer-Stäblein u.a. CSU Maßnahmen gegen hohen Krankenstand in der Pflege – insbesondere in der Altenpflege Drs. 17/6601, 17/7397 (E)				
	Votum des federführer Gesundheit und Pflege				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
				Z	
23.	Antrag der Abgeordner Susann Biedefeld u.a. Wie sozial ist die EU? Drs. 17/6661, 17/7388	SPD Anhörung im Europaa		,	
		Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
	A			Z	
24.	Antrag der Abgeordner Susann Biedefeld u.a. Europa braucht eine S Drs. 17/6662, 17/7389	SPD ozialunion	Hans-Ulrich Pfaffmann		
	Votum des federführer Bundes- und Europaar		regionale Beziehunger	1	
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
	A		A	Z	
25.	Antrag der Abgeordneten Dr. Linus Förster, Hans-Ulrich Pfaffmann, Susann Biedefeld u.a. SPD Eine gerechte europäische Sozialpolitik für Frieden und Wohlstand in Europa Drs. 17/6664, 17/7390 (A)				
	Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
	A		A	Z	

Anlage 1
zur 50. Vollsitzung am 16. Juli 2015

26.	Antrag der Abgeordneten Dr. Linus Förster, Hans-Ulrich Pfaffmann, Susann Biedefeld u.a. SPD Rechte der europäischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer stärken Drs. 17/6665, 17/7391 (A)			
	Votum des federführer Bundes- und Europaar		regionale Beziehungel	n
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A		A	Z
27.	Antrag der Abgeordneten Dr. Linus Förster, Hans-Ulrich Pfaffmann, Susann Biedefeld u.a. SPD Soziale Schutzstandards in Europa erhalten und ausbauen Drs. 17/6666, 17/7393 (A)			
	Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A		A	Z
28.	Antrag der Abgeordne Susann Biedefeld u.a. Europäische Sozialcha Drs. 17/6667, 17/7394	SPD arta endlich ratifizieren		,
	Votum des federführer Bundes- und Europaal		regionale Beziehungel	n
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A		A	Z
29.	Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Bericht zum Bevölkerungsschutz im digitalen Zeitalter Drs. 17/6725, 17/7331 (E)			
	Votum des federführer Kommunale Fragen, Ir		Sport	
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
				Z

30.	Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Dezentrale Energieversorgung voranbringen: Hürden für Mieterstrommodelle beseitigen Drs. 17/6724, 17/7319 (A)			mmodelle	
	Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
	A				
31. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Verwaltung und Bewirtschaftung staatseigener Dienst- und Mietwohnung Drs. 17/6728, 17/7486 (E)			nnungen		
	Votum des federführen Fragen des öffentlicher				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
32.	Antrag der Abgeordnet Susann Biedefeld u.a. Barrierefreies Europa - Strategie zugunsten vo Drs. 17/6732, 17/7482	SPD - Zwischenbericht übe on Menschen mit Behir	r den Stand der Umset	zung der EU-	
	Votum des federführen Bundes- und Europaar		regionale Beziehunger	1	
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
	A				
<ol> <li>Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Benno Zierer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Mobile Sichtschutzwände Drs. 17/6736, 17/7332 (E)</li> </ol>					
	Votum des federführen Kommunale Fragen, In		port		
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	

34.	Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,
	Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
	Zusammenarbeit mit Tirol und Südtirol in der Flüchtlingspolitik
	Drs. 17/6739, 17/7481 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Dr. Otto Hünnerkopf, Gudrun Brendel-Fischer, Ludwig Freiherr von Lerchenfeld u.a. CSU Bericht zur bayerischen Nachhaltigkeitsstrategie Drs. 17/6743, 17/7287 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	Z	Z	Z

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Rosi Steinberger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Bundesratsinitiative des Landes Schleswig-Holstein zum Verbot von Pelztierfarmen unterstützen Drs. 17/6795, 17/7395 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A		Z	Z

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Medienvielfalt sichern: Verbot regionalisierter Werbung in bundesweit ausgestrahlten Programmen konsequent umsetzen Drs. 17/7045, 17/7400 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Andreas Lotte, Annette Karl, Natascha Kohnen u.a. SPD Die Energiewende in Bayern sinnvoll befördern Drs. 17/6551, 17/7242 (E) [X]

über den Antrag wurde gesondert abgestimmt